Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15590 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile unschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 6. Juli 1929 — Nummer 155

Macdonald in Chamberlains Spuren

Provokatorische Erklärung Hendersons gegen die Sowjetunion / Er fordert von der Sowjetregierung „Garantien" / Chamberlain klatscht Beifall / Scharfe Entgegnung der Sowjetunion

London, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der Außenminister der Macdonald-Regierung, Henderson, gab gestern im Unterhaus eine Erklärung ab, daß die Regierung vorläufig keinerlei Schritte unternehmen werde, um die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion wieder aufzunehmen. Es sei lediglich ein Meinungsaustausch mit den Dominions im Gange. **Die Regierung werde die Beziehungen zur Sowjetunion nur dann wieder aufnehmen, wenn die Sowjetunion bestimmte Garantien dafür gebe, daß sie keinerlei revolutionäre Propaganda in England betreibe und sich nicht in innere Angelegenheiten Großbritanniens einmischen werde.**

Chamberlain erklärte in seiner Interpellation zur Außenpolitik der Macdonald-Regierung, er habe seinerzeit dem Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion zugestimmt, da es sich herausgestellt habe, daß es unmöglich sei, die Sowjetunion an der Einmischung in innere englische Angelegenheiten und in die kolonialpolitischen Fragen Großbritanniens zu hindern.

Zur Bekräftigung seiner These verlas Chamberlain ein Bruchstück von einem englischen Manifest der Kommunistischen Internationale vom 29. März, das die werktätigen Massen Indiens zur Revolution gegen die englische Herrschaft und gegen die englischen Reformisten, die die indischen Massen betrügen, aufrufe. Hier wandte sich Chamberlain an Macdonald und Henderson mit der Bemerkung: „Das sind Sie, meine Herren, die neue Regierung Seiner Majestät!"

*

Die Entgegnung Moskaus

Moskau, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

„Iswestija" erinnert daran, daß die Labour Party sich in der Wahlplattform verpflichtet habe, unverzüglich die diplomatischen Beziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Nunmehr ist diese Aeußerung in Vergessenheit geraten, da sie lediglich zum Stimmenfang den Arbeitern gegenüber bestimmt war.

Das Blatt erinnert weiter an die englische Intervention in **der UdSSR, an die sowjetfeindliche Arbeit englischer Diplomaten, an den Ueberfall auf die Argos usw. So betont, daß das Recht auf Aufstellung von Bedingungen, Forderungen von Garantien auf sowjetrussischer, keineswegs aber auf englischer Seite sei.** Macdonald irrt sich, wenn er glaubt, daß wir alles das vergessen haben oder zu vergessen bereit sind, nur um einen Botschafter in London oder die Ehre zu haben, an England Aufträge zu vergeben.

Die „Prawda" hebt hervor, der Hinweis auf die Notwendigkeit von Bedingungen und Verpflichtungen bezwecke nur Sabotage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Londons zur Sowjetunion.

*

Die Rote Fahne schreibt dazu:

„Die Erklärung Macdonalds im Unterhaus und die durch den Burgfriedenspakt Macdonalds mit Baldwin und Lord Georges bezweckte enge Zusammenarbeit der Macdonald-Regierung mit den britischen Imperialisten bestätigt, **daß die neue „Arbeiterregierung" die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion nicht im geringsten abschwächt.** Unter den Bedingungen der allgemeinen Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus, der imperialistischen Gegensätze und der gewaltigen Zuspitzung der Klassenkämpfe muß sich diese Regierung auf Schritt und Tritt entlarven. Ihre Lebensdauer selbst hängt davon ab, daß sie sich restlos dem Diktat der Imperialisten unterwirft, daß sie die Kriegspolitik der Baldwin-Chamberlain-Regierung mit derselben Intensität weiterführt. Sie wird den reaktionären, imperialistischen Baldwinkurs noch übertrumpfen. **Damit wachsen die Kriegsgefahren ins Ungemessene,** um so mehr, als auch große Teile der Arbeiterschaft sich von den pazifistischen Rattenfängermelodien der Macdonald-Henderson und ihrer Parteifreunde in allen Ländern einfangen lassen. Die Macdonald-Regierung bedeutet eine Steigerung der Kriegsgefahr.

Kampf auf Leben und Tod gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher und sozialfaschistischen Agenten!

Das ist die Losung der revolutionären Arbeiterschaft am Tage des Massenaufmarsches gegen den imperialistischen Krieg, am 1. August!

Die Spitzeltätigkeit Orloffs soll vertuscht bleiben

Berlin, 5. Juli 1929.

In der heutigen Verhandlung im Dokumentenfälscherprozeß ist zur Unterstützung der Anklage der erste Staatsanwalt Trautmann hinzugezogen worden, da heute die sehr wichtige Vernehmung des Zeugen Sievert erfolgen soll, dessen Aussagen vom Polizeipräsidium nicht verhindert werden könne, da Sievert, obwohl er Agent des Polizeipräsidiums war, sich nicht in beamteter Stellung befand. Der erste Staatsanwalt Trautmann hat die Aufgabe, seinen Kollegen so zu unterstützen, daß alle verfänglichen und gefährlichen Fragen, die das Polizeisystem Zörgiebels kompromittieren können, nach Möglichkeit unterbunden werden.

Eine weitere wichtige Tatsache der heutigen Prozeßverhandlung ist durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten Zörgiebels gegeben, der den beiden Zeugen, dem Regierungsrat Bartels, wie auch dem Kriminalkommissar Heller die Genehmigung zu einer Aussage nur dann erteilt, wenn von der Verteidigung die Fragen, die an diese beiden Zeugen gerichtet werden, beim Polizeipräsidium eingereicht sind, um dort geprüft zu werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung trifft auch die Antwort des preußischen Innenministers ein, auf die Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. Jaffé über die Ablehnung der generellen Aussagegenehmigung für den Kriminalkommissar Braschwitz. Aus der Antwort des preußischen Innenministers Grzesinski geht hervor, daß sich Grzesinski vollkommen auf den Standpunkt des Polizeipräsidenten Zörgiebel stellt, und sowohl den Kriminalkommissaren Braschwitz und Heller, als auch dem Regierungsrat Bartels untersagt, sich über Fragen zu äußern, die nicht zuerst dem Polizeipräsidenten bzw. dem preußischen Innenminister schriftlich zur Begutachtung vorgelegt worden sind.

Selbst das Berliner Tageblatt zieht aus dieser Tatsache die Konsequenz und schreibt:

„Daraus darf man entnehmen, daß der Angeklagte Pawlonowski und auch der Belastungszeuge Sievert in einem wesentlichen Maße vom Polizeipräsidium und vom Reichskommissariat als Agenten benutzt worden sind."

Bei der nun folgenden Verlesung der Trilisserbriefe kommt es zu einem sensationellen Zwischenfall. In einem der Briefe ist davon die Rede, daß für die Ermittlung der ungetreuen Beamten im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung, die der Spionage verdächtigt wurden, 10 000 Mark bereitgestellt werden sollten. Bei der Interpretation dieser Briefstellen ruft der Verteidiger Orloffs, Jaffé: **„Das ist doch ganz klar, Herr Sievert war nun einmal der Agent des Reichskommissariats, das ihn für seine Ermittlungen hoch bezahlte".**

*

Der heutige Verhandlungstag zeigte mit aller Deutlichkeit, wie es mit der berühmten richterlichen Unabhängigkeit bestellt ist. Bestände wirklich eine Unabhängigkeit der Richter, das Gericht müßte jetzt die wirklichen Verantwortlichen, die Severing, Grzesinski, Weiß und Zörgiebel zwingen unter Zeugeneid auszusagen, mit welchen Mitteln die Fälscher unterstützt wurden, zu welchen unsauberen Zwecken die Steuergroschen der deutschen Arbeiter verwandt worden sind, und welches Interesse die Staats- und Polizeibehörden daran hatten, diese antibolschewistische Fälscherzentrale der Orloff und Pawlonowski nicht nur zu dulden, sondern sie in ihrem verbrecherischen Werk, mit allen Mitteln die Sowjetunion und ihre Politik zu diffamieren, aktiv zu unterstützen. **Die Antwort darauf ist einfach: Jedes Mittel, auch das schmutzigste dient diesen Herrschaften dazu, den Haß gegen die Sowjetunion zu schüren, eine Kriegsatmosphäre zu schaffen, um den Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten.**

Schweigeverbot für Zörgiebels Spitzel

Der Lohnsteuerbetrug erneut entlarvt

Der Fall der Lex Brüning

Der Reichsrat hat sich in seiner Donnerstagsitzung mit der Durchführung der sogenannten Lex Brüning des Lohnsteuer-„senkungs"gesetzes befaßt und einen Beschluß angenommen, der das ganze Betrugsspiel aufzeigt, das man in dieser Frage bisher mit den Arbeitern getrieben hat. Auf einen Antrag der Preußen-Regierung hat der Reichsrat mit 37 gegen 29 Stimmen die zweijährige Befristung des Gesetzes beschlossen. Was ist der Sinn dieses Beschlusses?

Nach der bereits im Dezember 1927 verabschiedeten Lex Brüning sollten die Einnahmen aus der Lohnsteuer, die über den Betrag von 1300 Millionen Mark jährlich hinausgehen, dazu benutzt werden, die Lohnsteuer der Arbeiterschaft zu senken bzw. die von den Arbeitern zuviel gezahlten Steuern an diese zurückzuerstatten. Jahrelang haben die SPD-Führer und die sozialdemokratische Presse die Arbeiterschaft mit der Zurückerstattung der Lohnsteuer getröstet. Unter Hinweis darauf wurde des öfteren die Zustimmung der SPD-Führer zu den reaktionären Vorstößen der Trustbourgeoisie gegen die Sozialpolitik gedeckt. Besonders die reformistischen Gewerkschaftsführer wiesen auf die Vorteile der Lex Brüning hin, um ihre Zustimmung zu den Schandschiedssprüchen der Arbeiterschaft mundgerecht zu machen. Die Kommunisten aber haben stets sowohl bei den Beratungen der Lex Brüning im Reichstag als auch in ihrer Presse die Arbeiterschaft auf das Betrugsspiel aufmerksam gemacht, das mit diesem Gesetz von der Bourgeoisie und den SPD-Führern getrieben wurde, um aus der Arbeiterschaft nach wie vor die ungeheuren Millionensummen der Lohnsteuer herauspressen und die Bourgeoisie schonen zu können.

Vor einigen Monaten erfolgte im Reichstag die erste Entlarvung der Betrüger, indem beschlossen wurde, die Lex Brüning dahingehend abzuändern, daß die über 1300 Millionen eingehenden Mehreinnahmen dazu verwendet werden, daß 75 Millionen der Knappschaftlichen Pensionsversicherung überwiesen und der Rest für den Ausbau und die Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung verwendet wird. Das sei, so begründet man den Beschluß, eine indirekte Lohnsteuersenkung bzw. Zurückerstattung von Lohnsteuern an die Arbeiter. In Wirklichkeit war es ein unerhörter Betrug, den viele Arbeiter bis heute noch nicht ganz begriffen haben, um so mehr, als die SPD-Führer natürlich dieser Abänderung ihre Zustimmung gaben. Dieselbe bedeutete, daß die Arbeiter außer den Beiträgen, die sie sowieso zur Invalidenversicherung bezahlen, daß außer den Beiträgen, die die Bergarbeiter für die knappschaftliche Pensionsversicherung bezahlen, nunmehr aus den zuviel gezahlten Lohnsteuern der Arbeiterschaft der Invaliden- und Knappschaftsversicherung obendrein Hunderte von Millionen zur „Erhaltung der materiellen Leistungsfähigkeit" zugewiesen werden sollen. Während im allgemeinen außer den Arbeitern auch die Unternehmer ihren Teil zur Invaliden- und Knappschaftsversicherung beitragen müssen, wurden damit die Arbeiter verpflichtet, allein von ihren Groschen die Kassen der Invaliden-

Die Rote Armee ist unsere Armee!

Sie steht bereit, für das Weltproletariat gegen das Weltkapital zu kämpfen und ihr Leben zu lassen!

Sei auch Du bereit, am 1. August mit den Kommunisten zu demonstrieren!

SLUB
Wir führen Wissen.